



Asyl, Migration und Integration in Zahlen - Daten und Fakten zu Migrant/innen, Flüchtlingen und Menschen mit Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz

(Stand: November 2017)

*„Rheinland-Pfalz ist schon lange ein Einwanderungsland.
Migrantinnen und Migranten leisten einen bedeutenden
Beitrag zu unserem wirtschaftlichen Erfolg und zur kulturellen
Vielfalt. Wir verbinden mit Einwanderung auch zukünftig
Chancen für die Entwicklung unseres Landes und wollen
den Migrantinnen und Migranten umfassende
gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.“*

(Auszug aus dem Koalitionsvertrag für Rheinland-Pfalz 2016 bis 2021)

Herausgeber:

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Albert-Schweitzer-Str. 113-115

55128 Mainz

Tel.: 06131 / 287 44 20

Mail: migration@zgv.info

www.ini-migration.de

Ende des Jahres 2016 betrug der Anteil der Ausländer/innen an der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung (4.064.000 Einwohner/innen laut Mikrozensus 2016) ca. 10,9 Prozent. Knapp 50 Prozent der ausländischen Rheinland-Pfälzer/innen waren Staatsangehörige von EU-Staaten, ein weiteres Viertel hatte Staatsangehörigkeiten eines europäischen Nicht-EU-Staates.

Migrant/innen aus allen Herkunftsregionen¹ sind mehrheitlich (53,7 Prozent) Männer. Im Gegensatz hierzu besteht bei der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung laut Mikrozensus 2016 ein leichter Frauenüberschuss (50,6 Prozent).

Hinsichtlich der Altersverteilung wird deutlich, dass Ausländer/innen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung jünger sind. Das Verhältnis zwischen (a) Personen unter 20 Jahren, (b) Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren und (c) Personen, die 65 Jahre und älter sind, liegt in der ausländischen Bevölkerung bei (a) 17,3 Prozent zu (b) 74,4 Prozent zu (c) 8,3 Prozent. Demgegenüber liegt das Verhältnis in der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung laut Mikrozensus 2016 bei (a) 17,5 Prozent zu (b) 61,5 Prozent zu (c) 21,0 Prozent.

Ausländische Bevölkerung in Rheinland-Pfalz nach Herkunftsregionen, Geschlecht und Alter zum 31. Dezember 2016

Herkunftsregion	Ausländer/innen					
	Insgesamt	Frauen	Männer	davon im Alter von...bis unter...Jahren		
				unter 20	20 bis 64	65 und älter
alle	441.410	204.225	237.185	76.375	328.460	36.570
davon						
• EU-Staaten	205.295	93.585	111.715	28.450	158.470	18.375
• übriges Europa	109.510	55.890	53.615	14.160	81.750	13.600
• Afrika	19.455	7.530	11.925	4.210	14.765	475
• Amerika	13.540	6.730	6.810	1.205	10.325	2.015
• Asien	90.110	39.140	50.970	27.245	60.985	1.880
• Australien/Ozeanien	430	190	240	15	330	85
• Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	3.065	1.155	1.910	1.090	1.835	135

Quelle:

- Ausländerzentralregister (AZR). Die Daten werden bereitgestellt vom Statistischen Landesamt RLP (<https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bevoelkerung-und-gebiet/basisdaten-land/tabelle-8/> - zuletzt geöffnet am 27. Oktober 2017).

¹ Gilt mit Ausnahme der europäischen Nicht-EU-Staaten.

Unter den TOP 10-Staatsangehörigkeiten von Ausländer/innen in Rheinland-Pfalz rangieren mit der Türkei und Italien zwei klassische Anwerbestaaten der 50er bis 70er Jahre. Von den insgesamt fünf in der Rangliste vertretenen EU-Staaten - deren Staatsangehörige in der Europäischen Union Freizügigkeitsrechte genießen - ist mit Italien lediglich ein EU-Gründungsmitglied vertreten, die vier weiteren Länder (Polen, Rumänien, Bulgarien und Kroatien) sind der EU erst 2003 oder später in verschiedenen Erweiterungsrounden beigetreten. Weitere europäische Herkunftsstaaten in den TOP-10 sind der Kosovo (überwiegend vermutlich in Folge von Fluchtmigration mit bereits längerer Aufenthaltsdauer) und die Russische Föderation (mehrheitlich vermutlich in Folge von Fluchtmigration sowie von „jüdischer Zuwanderung“).

Mit Afghanistan und Syrien sind darüber hinaus zwei „Fluchtstaaten“ vertreten, deren Staatsangehörige sich in der Mehrheit aller Wahrscheinlichkeit nach erst seit kurzer Zeit und als schutzberechtigte Personen in Rheinland-Pfalz aufhalten. Sie weichen in ihrer Altersstruktur signifikant von allen anderen in den TOP-10 gelisteten ausländischen Staatsangehörigen ab. Fast ein Drittel aller syrischen und fast die Hälfte aller afghanischen Staatsangehörigen in Rheinland-Pfalz sind unter 20 Jahre alt.

Ausländische Bevölkerung in Rheinland-Pfalz nach Staatsangehörigkeit (TOP 10), Geschlecht und Alter zum 31. Dezember 2016

Land der Staatsangehörigkeit	Ausländer/innen					
	Insgesamt	Frauen	Männer	davon im Alter von...bis unter...Jahren		
				unter 20	20 bis 64	65 und älter
alle	441.410	204.225	237.185	76.375	328.460	36.570
davon						
• Türkei	58.580	28.180	30.400	5.160	45.015	8.400
• Polen	42.845	19.890	22.950	6.000	35.660	1.185
• Syrien	35.870	13.190	22.680	14.725	20.780	365
• Italien	30.260	12.625	17.635	3.335	22.670	4.260
• Rumänien	26.055	11.080	14.975	4.335	21.430	290
• Bulgarien	16.410	7.635	8.775	4.080	12.135	200
• Afghanistan	12.050	3.820	8.230	5.815	6.115	120
• Kroatien	11.580	5.510	6.070	1.475	8.350	1.755
• Russische Föderation	10.165	6.530	3.635	1.505	7.895	765
• Kosovo	9.840	4.705	5.135	2.385	7.020	435

Quelle:

- Ausländerzentralregister (AZR). Die Daten werden bereitgestellt vom Statistischen Landesamt RLP (<https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bevoelkerung-und-gebiet/basisdaten-land/tabelle-8/> - zuletzt geöffnet am 27. Oktober 2017)

Der Anteil der Menschen mit einer Migrationsgeschichte² an der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung im Jahr 2016 betrug 22,64 Prozent. Er war damit nahezu identisch zum Anteil der Menschen mit einer Migrationsgeschichte an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund* in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016

Bevölkerung	gesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
bundesweit	82.425.000 (= 100,00%)	18.576.000 (= 22,54%)	63.848.000 (= 77,46%)
• davon in RLP	4.064.000 (=100,00%)	920.000 (= 22,64%)	3.144.000 (= 77,36%)

* Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören im Einzelnen alle Ausländer/innen, (Spät-) Aussiedler/innen und Eingebürgerten. Ebenso dazu gehören Personen, die zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind, bei denen aber mindestens ein Elternteil Ausländer/in, (Spät-)Aussiedler/in oder eingebürgert worden ist.

Quelle:

- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2016 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5: Bevölkerung 2016 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund201020167004.pdf?__blob=publicationFile - zuletzt geöffnet am 9. November 2017).

Mit leichten Schwankungen ist der Anteil der Menschen mit einer Migrationsgeschichte an der rheinland-pfälzischen bzw. der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2010 lag der Anteil sowohl bundesweit als auch in Rheinland-Pfalz bei ca. 19 Prozent, im Jahr 2016 betrug er sowohl bundesweit als auch in Rheinland-Pfalz ca. 22,5 Prozent.

Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund* in Rheinland-Pfalz 2010 bis 2016 (Anteil an der Gesamtbevölkerung)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
bundesweit	19,28%	18,51%	19,07%	20,62%	20,27%	21,03%	22,54%
Rheinland-Pfalz	18,70%	18,34%	18,92%	20,72%	20,27%	20,90%	22,64%

* Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören im Einzelnen alle Ausländer/innen, (Spät-) Aussiedler/innen und Eingebürgerten. Ebenso dazu gehören Personen, die zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind, bei denen aber mindestens ein Elternteil Ausländer/in, (Spät-)Aussiedler/in oder eingebürgert ist.

Quellen:

Eigene Berechnungen nach:

- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2016 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5: Bevölkerung 2016 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht.

² Der Begriff der „Migrationsgeschichte“ wird in den Kommentierungen des Verfassers als Alternative zu dem vielfach negativ konnotierten Begriff des „Migrationshintergrundes“ verwendet. In den Statistiken selbst jedoch wird der Begriff „Migrationshintergrund“ beibehalten, weil er von den jeweiligen Urheber/innen der Daten verwendet und - s. hierzu die Kommentierung zur Tabelle „Schüler/innen mit Migrationshintergrund an Schulen in RPL im Schuljahr 2016/17“ - teilweise unterschiedlich definiert wird.

- (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220167004.pdf? blob=publicationFile> - zuletzt geöffnet am 9. November 2017).
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2015 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5 - Bevölkerung 2015 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220157004.pdf? blob=publicationFile> – zuletzt geöffnet am 9. November 2017).
 - Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2014 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5 - Bevölkerung 2014 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220147004.pdf? blob=publicationFile> – zuletzt geöffnet am 9. November 2017).
 - Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2013 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5 - Bevölkerung 2013 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220137004.pdf? blob=publicationFile> – zuletzt geöffnet am 9. November 2017).
 - Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2012 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5 - Bevölkerung 2012 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220127004.pdf? blob=publicationFile> – zuletzt geöffnet am 9. November 2017).
 - Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5 - Bevölkerung 2011 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220117004.pdf? blob=publicationFile> – zuletzt geöffnet am 9. November 2017).
 - Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5 - Bevölkerung 2010 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220107004.pdf? blob=publicationFile> – zuletzt geöffnet am 9. November 2017).

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit einer Migrationsgeschichte ist im Gegensatz zur rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung (siehe hierzu die Anmerkungen zur Tabelle „Ausländische Bevölkerung in Rheinland-Pfalz nach Herkunftsregionen, Geschlecht und Alter zum 31. Dezember 2016“) mehrheitlich männlich. Zugleich ist sie deutlich jünger: So liegt der Anteil der Personen über 65 Jahren bei der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte nur bei ca. 9,3 Prozent, während er bei der Gesamtbevölkerung laut Mikrozensus 2016 bei 21,0 Prozent liegt.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund* in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 nach Alter und Geschlecht

gesamt		unter 6 Jahre		6-25 Jahre		25-45 Jahre		45-65 Jahre		65 Jahre und älter	
920.000 Personen		83.000 Personen		244.000 Personen		286.000 Personen		221.000 Personen		86.000 Personen	
Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
472.000	448.000	44.000	39.000	133.000	111.000	147.000	139.000	110.000	111.000	38.000	48.000

* Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören im Einzelnen alle Ausländer/innen, (Spät-) Aussiedler/innen und Eingebürgerten. Ebenso dazu gehören Personen, die zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind, bei denen aber mindestens ein Elternteil Ausländer/in, (Spät-)Aussiedler/in oder eingebürgert ist.

Quelle:

- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2016 (Fachserie 1 Reihe 2.2); hier: Tabelle 5 - Bevölkerung 2016 nach Migrationsstatus, Ländern und Geschlecht. (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220167004.pdf? blob=publicationFile>).

Der Anteil von Familien mit einer Migrationsgeschichte hat in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2010 bis 2016 kontinuierlich zugenommen. Lag er im Jahr 2010 noch bei unter 22 Prozent, so stieg er in 2016 auf über 30 Prozent an.

Ein aufgrund der Fluchtmigration des Jahres 2015 eigentlich zu erwartender „Anteilssprung“ vom Jahr 2015 auf 2016 hat nach den vorliegenden Daten nicht stattgefunden, statt dessen ist ein starker Anstieg des Anteils von Familien mit Migrationsgeschichte im Jahr 2013 zu konstatieren. Sowohl dieser Anstieg als auch der im Jahr 2016 ausgebliebene Aufwuchs kann vom Verfasser nicht plausibel erklärt werden.

Familien* mit Migrationshintergrund** in Rheinland-Pfalz (Entwicklung 2010 bis 2016)

Familien (in 1.000) ... / Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
... gesamt	597,4 (= 100,00%)	600,8 (= 100,00%)	592,6 (= 100,00%)	586,0 (= 100,00%)	583,6 (= 100,00%)	578,6 (= 100,00%)	598,4 (= 100,00%)
davon ...							
... ohne Migrations- hintergrund	469,3 (= 78,56%)	471,7 (= 78,50%)	462,1 (= 77,98%)	427,2 (= 72,90%)	420,8 (= 72,12%)	410,5 (= 70,95%)	416,1 (= 69,54%)
... mit Migrations- hintergrund	128,1 (= 21,44%)	129,2 (= 21,50%)	130,5 (= 22,02%)	158,8 (= 27,10%)	162,7 (= 27,88%)	168,1 (= 29,05%)	182,3 (= 30,46%)

* Der zugrunde liegende Familienbegriff umfasst alle Eltern-Kind-Gemeinschaften. Das sind Ehepaare, Lebensgemeinschaften (Lebenspartnerschaften) sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern. Einbezogen sind neben leiblichen Kindern auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder. Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, zählen als eigene Familie.

** Eine Familie weist einen Migrationshintergrund auf, wenn mindestens ein Familienmitglied einen Migrationshintergrund hat (ggf. auch ein Kind). Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören im Einzelnen alle Ausländer/innen, (Spät-) Aussiedler/innen und Eingebürgerten. Ebenso dazu gehören Personen, die zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind, bei denen aber mindestens ein Elternteil Ausländer/in, (Spät-)Aussiedler/in oder eingebürgert ist.

Quelle:

- Familien in Rheinland-Pfalz. Antwort des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz auf eine Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion (DS 17/4086 vom 12. September 2017).

Die im Folgenden dargestellten Daten zu „Schüler/innen mit Migrationshintergrund an den Schulen in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2016/17“ basieren auf dem „Migrationshintergrund-Begriff“ der Kultusministerkonferenz (KMK). Er unterscheidet sich von dem des Statistischen Bundesamtes, auf dem alle anderen Daten zur Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz basieren. Die Zahlen korrespondieren daher nicht miteinander: So hatten laut Mikrozensus im Jahr 2016 insgesamt 120.000 Rheinland-Pfälzer/innen im schulpflichtigen Alter von 6 bis 15 Jahren eine Migrationsgeschichte. Demgegenüber gab es laut KMK-Definition im Schuljahr 2016/17 in Rheinland-Pfalz (inkl. der Klassenstufen 10 bis 13, in denen die Schüler/innen i.d.R. älter als 15 Jahre sind) insgesamt nur 83.000 Schüler/innen mit einer Migrationsgeschichte.

Die folgenden Daten dienen daher ausschließlich zu Übersicht über die Verteilung von Schüler/innen mit einer Migrationsgeschichte über die verschiedenen Schularten. Ihr Anteil in den Grundschulen und den Realschulen plus ist stark überdurchschnittlich, ihr Anteil in den rheinland-pfälzischen Gymnasien stark unterdurchschnittlich.

Schüler/innen mit Migrationshintergrund* an Schulen in RPL im Schuljahr 2016/17



Schulart	Schüler/innen	darunter mit Migrationshintergrund	Anteil in %
gesamt	415.121	80.333	19,4 Prozent
davon:			
• Grundschule	135.012	37.758	28,0 Prozent
• Realschule plus	58.577	16.001	27,3 Prozent
• Grund- und Realschule plus	8.151	1.613	19,8 Prozent
• Realschule plus mit angegliederter Fachoberschule	18.853	3.897	20,7 Prozent
• Gymnasium	128.725	11.783	9,2 Prozent
• Integrierte Gesamtschule	44.014	6.492	14,7 Prozent
• Förderschule	14.547	2.370	16,3 Prozent

* Nach der Definition der Kultusministerkonferenz (KMK) ist bei Schüler/innen ein Migrationshintergrund anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- Keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- Nichtdeutsches Geburtsland,
- Nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld (auch wenn der/die Schüler/in die deutsche Sprache beherrscht).

Quelle:

- Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund. Antwort des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz auf eine Kleine Anfrage (DS 17/4264 vom 27. September 2017).

Kapitel 3: Wanderungsbilanz zwischen dem Ausland und Rheinland-Pfalz

Der folgende Blick auf die Wanderungsbilanz zwischen dem Ausland und Rheinland-Pfalz nimmt Bezug auf das Jahr 2015, weil Jahresergebnisse für 2016 laut Statistischem Landesamt Rheinland-Pfalz „aus heutiger Sicht voraussichtlich erst Ende des 1. Quartals 2018 zu erwarten“ sind.³ Das Statistische Landesamt teilt lediglich mit, dass die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer/innen bis Ende 2016 gegenüber dem 31. Dezember 2015 nach vorläufigen Ergebnissen um rund 28.300 gestiegen ist.⁴

Mehr als 94 Prozent der Zuzüge aus dem Ausland im Jahr 2015 (91.922 Personen) entfielen auf Ausländer/innen. Die größte Zuwanderungsgruppe stellten in Folge der Fluchtmigration syrische Staatsangehörige (18.582 Zuzüge). Gleichzeitig verzogen 36.987 ausländische Personen über die Bundeslandgrenzen

³ Die Statistiken sind zurzeit von zwei grundlegenden Neuerungen betroffen. Zum einen werden sie auf ein neues technisches Aufbereitungsverfahren umgestellt. Zum anderen änderte sich für die Wanderungsstatistik zu Beginn des vergangenen Jahres der Standard der Datenlieferung von den Meldebehörden an die Statistikämter. In beiden Bereichen gab und gibt es zum Teil erhebliche Verzögerungen bei der Softwareerstellung.

⁴ Vgl. Pressemitteilung vom 27. Januar 2017: „Weiterer Anstieg der Bevölkerung in 2016 - Knapp 4,1 Millionen Menschen leben in Rheinland-Pfalz“ (http://www.statistik.rlp.de/no_cache/de/gesellschaft-staat/bevoelkerung-und-gebiet/pressemitteilungen/einzelansicht/news/detail/News/2125/ - zuletzt geöffnet am 17. November 2017).

ins Ausland. Im Saldo ließen sich damit 54.935 Ausländer/innen mehr in Rheinland-Pfalz nieder als in das Ausland abwanderten.

Wanderungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland im Jahr 2015 nach Geschlecht ausgewählten Staatsangehörigkeiten (TOP 10)

Staatsangehörigkeit	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	total	männl.	weibl.	total	männl.	weibl.	total	männl.	weibl.
alle	97.276	61.380	35.896	43.645	27.800	15.845	53.631 (=100,00%)	33.580 (=62,61%)	20.051 (=37,29%)
• Syrien	18.582	12.869	5.713	308	250	58	18.274	12.619	5.655
• Rumänien	9.647	6.265	3.382	4.922	3.472	1.450	4.725	2.793	1.932
• Polen	8.975	5.756	3.219	5.701	4.059	1.642	3.274	1.697	1.577
• Deutschland	5.354	2.909	2.445	6.658	3.426	3.232	- 1.304	- 517	- 787
• Afghanistan	5.237	3.740	1.497	197	182	15	5.040	3.558	1.482
• Bulgarien	5.176	3.145	2.031	2.712	1.964	748	2.464	1.181	1.283
• Albanien	4.698	2.862	1.836	1.794	1.175	619	2.904	1.687	1.217
• Ungarn	2.936	2.059	877	2.428	1.988	440	508	71	437
• Italien	2.632	1.575	1.057	1.516	980	536	1.116	595	521
• Kosovo	2.510	1.634	876	1.315	955	360	1.195	679	516
• Kroatien	2.310	1.399	911	860	611	249	1.450	788	662

Quelle:

- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Bevölkerungsvorgänge 2015 (AI, A II, AIII - j/15 Kennziffer: A1023 201500). Hier: T25 - Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten – Räumliche Bevölkerungsbewegung (http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/A/1023/A1023_201500_1j_K.pdf - zuletzt geöffnet am 7. November 2017).

Auch im Jahr der großen Fluchtmigration 2015 machten die Zuzüge von freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger/innen (44.468 Personen) fast 46 Prozent aller grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen nach Rheinland-Pfalz aus. Ihre Zahl lag damit fast ebenso hoch wie die Summe alle Zuzüge von Personen mit asiatischen oder afrikanischen Staatsangehörigkeiten und von Bürger/innen eines sog. „Balkanstaates“ (insgesamt 45.443 Personen).

Nahezu unabhängig von der Staatsangehörigkeit, der Herkunftsregion oder der „Wanderungsrichtung“ - waren im Jahr 2015 im Schnitt zwei von drei grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen männlichen Personen zuzuschreiben.

Wanderungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland im Jahr 2015 nach Geschlecht und Regionen



Staatsangehörigkeit	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	total	männl.	weibl.	total	männl.	weibl.	total	männl.	weibl.
alle	97.276	61.380	35.896	43.645	27.800	15.845	53.631	33.580	20.051
• Deutschland	5.354	2.909	2.445	6.658	3.426	3.232	- 1.304	- 517	- 787
• übrige EU-Staaten	39.114	24.383	14.731	23.160	15.900	7.260	15.954	8.483	7.471
• Balkan	11.011	6.549	4.462	6.366	3.999	2.367	4.645	2.550	2.095
• Afrika	3.596	2.385	1.211	993	736	257	2.603	1.649	954
• Amerika	2.242	1.090	1.152	1.758	892	866	484	198	286
• Asien	30.836	20.984	9.852	2.878	1.770	1.108	27.958	19.214	8.744
• Australien/Ozeanien	115	71	44	58	41	17	57	30	27
• staatenlos	105	71	34	13	8	5	92	63	29
• ungeklärt/ohne Angabe	2.720	1.993	727	120	83	37	2.600	1.910	690

Quelle:

- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Bevölkerungsvorgänge 2015 (AI, A II, AIII - j/15 Kennziffer: A1023 201500). Hier: T25 - Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten – Räumliche Bevölkerungsbewegung (http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/A/1023/A1023_201500_1j_K.pdf - zuletzt geöffnet am 7. November 2017).

Die rheinland-pfälzische Landeregierung hat sich die Einbürgerung hier lebender Migrant/innen zu einem besonderen Anliegen gemacht und mit diesem Ziel im Jahr 2009 gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen die Kampagne „Ja zur Einbürgerung“ ins Leben gerufen. Mit Erfolg: Durchgehend seit dem Jahr 2009 liegt das in Rheinland-Pfalz „ausgeschöpfte Einbürgerungspotential“ (aEP) deutlich über dem im gesamten Bundesgebiet. Mit über 6.000 Einbürgerungen und einem ausgeschöpften Einbürgerungspotential von über 3 Prozent markiert das Jahr 2016 innerhalb des untersuchten Zeitraums einen Rekord.

Einbürgerungen (und Einbürgerungsquoten) 2009-2016 in Rheinland-Pfalz

Land/Jahr	2009		2010		2011		2012		2013	
	absolut	aEP*	absolut	aEP	absolut	aEP	absolut	aEP	absolut	aEP
bundesweit	96.122	2,12%	101.570	2,20%	106.897	2,28%	112.348	2,42%	112.353	2,30%
• davon in RLP	5.017	2,79%	5.269	2,87%	5.281	2,84%	5.693	3,00%	5.385	2,77%

Land/Jahr	2014		2015		2016		Gesamt 2009-2016	
	absolut	aEP	absolut	aEP	absolut	aEP	absolut	in Prozent**
bundesweit	108.422	2,20%	107.317	2,15%	110.383	2,18%	855.412	8,52%
• davon in RLP	5.566	2,82%	5.756	2,88%	6.064	3,01%	44.031	9,98%

* Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen auf die Ausländer/innen mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr.

** Eigene Berechnung. Die jeweilige Summe der Einbürgerungen der Jahre 2009 bis 2016 wird auf die zum 31. Dezember 2016 im Ausländerzentralregister (AZR) registrierte ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland (10.039.080 Personen) bzw. in Rheinland-Pfalz (441.410 Personen) bezogen. Das Ergebnis entspricht nicht dem ausgeschöpften Einbürgerungspotential (aEP) und dient lediglich dem Vergleich der Einbürgerungszahlen zwischen der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und dem Bundesland Rheinland-Pfalz.

Quelle:

- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Einbürgerungen 2016 (Fachserie 1 Reihe 2.1). Wiesbaden 2016 (https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Einbuengerungen2010210167004.pdf?_blob=publicationFile - zuletzt geöffnet am 30. Oktober 2017).

In Rheinland-Pfalz besaß in den Jahren 2012 bis 2016 jede fünfte eingebürgerte Person vor der Einbürgerung die türkische Staatsangehörigkeit. Türkische Staatsangehörige machen damit im Beobachtungszeitraum die größte Einbürgerungsgruppe aus.

Obwohl Staatsangehörige von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei der Einbürgerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten dürfen, finden sich in den TOP 10 mit Polen, Italien und Rumänien lediglich drei EU-Mitgliedsstaaten. Möglicherweise führt das mit der Unionsbürgerschaft verbundene Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht dazu, dass die Einbürgerung für Staatsangehörige aus EU-Staaten weniger relevant und attraktiv ist als für andere Personengruppen.

Mit Marokko und dem Irak befinden sich in den TOP 10 zwei weitere Länder, deren Staatsangehörigkeiten in der Regel nicht abgelegt werden können. Iraker/innen und Marokkaner/innen dürfen deshalb ihre bisherige Staatsangehörigkeit auch dann beibehalten, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen.

Einbürgerungen in Rheinland-Pfalz 2012 bis 2016 nach bisherigen Staatsangehörigkeiten (Top 10)

Staatsangehörigkeit	absolut	Anteil an allen Einbürgerungen
Alle Staatsangehörigkeiten	28.464 Personen	100,00 Prozent
<i>davon</i>		
• Türkei	5.770 Personen	20,27 Prozent
• Polen	1.899 Personen	6,67 Prozent
• Kosovo	1.260 Personen	4,43 Prozent
• Ukraine	1.110 Personen	3,90 Prozent
• Italien	1.063 Personen	3,73 Prozent
• Irak	991 Personen	3,48 Prozent
• Vietnam	831 Personen	2,92 Prozent
• Rumänien	726 Personen	2,55 Prozent
• Russische Föderation	717 Personen	2,52 Prozent
• Marokko	674 Personen	2,37 Prozent

Quellen:

- Gemeinsam für Chancengleichheit, Weltoffenheit und Akzeptanz – Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz 2017. Herausgegeben vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz. S.16.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in Rheinland-Pfalz ist von März 2016 auf März 2017 um 1,92 Prozent auf insgesamt 1.379.407 Personen angestiegen. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit haben von dieser positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt profitiert. Sowohl die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Unionsbürger/innen als auch die Zahl von Staatsbürger/innen eines Balkanstaates und von Staatsangehörigen eines außereuropäischen Asyllandes ist zwischen März 2016 und März 2017 erheblich angestiegen. Die Zuwachsraten liegen zwischen 2,46 Prozent bei Staatsangehörigen der „Krisenstaaten“ der Europäischen Union (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) und 54,77 Prozent bei Staatsangehörigen eines außereuropäischen Asyllandes. Allerdings erklärt sich der zuletzt genannte Aufwuchs mit der immensen Zunahme von Schutzsuchenden aus diesen Ländern im Vergleichszeitraum (und in den Monaten zuvor). Er kann deshalb nur als vorsichtiges positives Zeichen für eine beginnende Arbeitsmarktintegration interpretiert werden und verweist zugleich auf die Langfristigkeit dieses Prozesses.

Demgegenüber ist der starke Anstieg sozialversicherungspflichtig beschäftigter rumänischer und bulgarischer Staatsangehöriger angesichts des nur moderat positiven Wanderungssaldos im Jahr 2015 (siehe hierzu Tabelle „Wanderungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland im Jahr 2015 nach Geschlecht ausgewählten Staatsangehörigkeiten“) als starkes Zeichen für das Voranschreiten ihrer Integration in den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt zu werten.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Personen in Rheinland-Pfalz nach Herkunftsregionen (März 2016 bis März 2017)

	insgesamt	davon:					
		Ausländer/innen	EU-11*	EU-2**	GIPS-Staaten***	Balkan-Staaten****	Außereuropäische Asyllstaaten *****
März 2016	1.353.370	121.278	41.388	14.283	18.032	7.431	3.648
Juni 2016	1.361.894	128.126	46.258	16.359	18.476	7.738	4.021
Dezember 2016	1.376.599	127.999	43.794	15.915	18.270	8.270	5.487
März 2017*	1.379.407 (+ 1,92%)	134.073 (+ 10,55%)	48.431 (+ 17,02%)	18.183 (+ 27,32%)	18.746 (+ 2,46%)	8.751 (+ 17,76%)	5.646 (+ 54,77%)

* Staaten der EU-Osterweiterung (Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien, Kroatien).

** Bulgarien und Rumänien .

*** Südeuropäische „Krisenstaaten“ (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien).

**** Albanien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien.

***** Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien .

* In Klammern angegeben der prozentuale Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat (März 2016).

Quelle:

- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Migrations-Monitor Arbeitsmarkt; Eckwerte (Monatszahlen). Region: Deutschland, Bundesländer - Berichtsmonat: September 2017 (Hier: Tabelle „Zeitreihen“).

Die im Vergleich zur rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung stark erhöhten Zuwachsraten der ausländischen Bevölkerung bei Arbeitsuchenden, Arbeitslosen und erwerbsfähigen ALG II-Bezieher/innen erklären sich insbesondere aus der Dauer des Aufenthalts der großen Zahl der Schutzsuchenden und Schutzbe-

rechtigten, die zwischen Sommer 2015 und Frühjahr 2016 nach Rheinland-Pfalz gekommen sind. Denn erst nach ihrer Anerkennung als Schutzberechtigte erwerben Geflüchtete in der Regel Ansprüche auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch - SGB II. Erst dann werden sie vollumfänglich in den Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit abgebildet.

Zugleich kommt in den hohen Zuwachsraten die Langwierigkeit des Prozesses der Arbeitsmarktintegration dieser Personengruppe zum Ausdruck, die nach wie vor bürokratischen Hindernissen (lange Verfahrensdauern, unsichere Aufenthaltsperspektive, Anerkennung von Qualifikationen) unterworfen ist und mit fehlenden bzw. nicht ausreichenden Deutschkenntnissen zu kämpfen hat.

Arbeitsuchende, Arbeitslose und erwerbsfähige ALG II-Bezieher/innen (Deutsche, Ausländer/innen und Personen mit Fluchtmigration*) in Rheinland-Pfalz (Juni 2016 bis Juni 2017)

	Arbeitsuchende			Arbeitslose			Erwerbsfähige ALG II-Bezieher/innen		
	gesamt	davon:		gesamt	davon:		Gesamt	davon:	
		Ausländer/innen	davon:		Ausländer/innen	davon:		Ausländer/innen	davon:
			i.K.v.Fm.**			i.K.v.Fm.			i.K.v.Fm.
Juni 2016	196.407	49.222	13.243	107.080	23.379	5.051	159.414	46.087	11.717
Dez. 2016	203.444	59.846	23.493	108.362	27.876	9.286	154.254	56.264	22.475
Juni 2017***	198.695 (+ 1,16%)	60.776 (+ 23,47%)	26.087 (+ 96,99%)	104.019 (- 2,86%)	26.384 (+ 12,85%)	8.848 (+ 75,17%)	170.991 (+ 7,26%)	62.725 (+ 36,10%)	29.140 (+ 148,70%)

* In der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) umfasst die Gruppe der Personen im Kontext von Fluchtmigration alle Drittstaatsangehörigen mit einer Aufenthaltsgestattung, einer „Aufenthaltserteilung“ (§§ 22-26, Aufenthaltsgesetz) und einer Duldung. Nicht enthalten sind Personen, die im Rahmen eines Familiennachzugs (§§ 29ff Aufenthaltsgesetz) zu geflüchteten Menschen nach Deutschland eingereist sind sowie Personen, die zwar aus Fluchtgründen nach Deutschland gekommen sind, inzwischen aber eine Niederlassungserlaubnis erworben haben.

** i.K.v.Fm = im Kontext von Fluchtmigration.

*** In Klammern angegeben der prozentuale Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat (Juni 2016)

Quellen:

- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Migrations-Monitor Arbeitsmarkt; Eckwerte (Monatszahlen). Region: Deutschland, Bundesländer - Berichtsmonat: September 2017 (Hier: Tabelle „Zeitreihen“)
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Migrations-Monitor Arbeitsmarkt: Personen im Kontext von Fluchtmigration. Region: Deutschland, Länder, Kreise, Agenturen für Arbeit, Jobcenter. Reihe: Arbeitsmarkt in Zahlen – Berichtsmonat: Oktober 2017 (Hier: Tabelle 1 - „Zeitreihen Personen im Kontext von Fluchtmigration nach Ländern“)

Kapitel 6: Schutzsuchende, Schutzberechtigte und (geduldet) Ausreisepflichtige in RLP

Insgesamt 68.006 Personen hielten sich zum 30. Juni 2017 als Schutzsuchende, Schutzberechtigte oder (geduldet) Ausreisepflichtige in Rheinland-Pfalz auf. Das entspricht 4,3 Prozent aller Personen, die in diesen Aufenthaltssituationen im Bundesgebiet leben und liegt leicht unter dem für Rheinland-Pfalz nach dem „Königsteiner Schlüssel“⁵ zu erwartenden Anteil von ca. 4,8 Prozent.

Rund 65 Prozent der Betroffenen in Rheinland-Pfalz besitzen eine Aufenthaltserlaubnis (davon etwa 90 Prozent nach einer schutzgewährenden Asyl-Entscheidung), über 25 Prozent befinden sich noch im Asyl-

⁵ Nach dem sogenannten "Königsteiner Schlüssel" wird festgelegt, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Dies richtet sich nach Steuereinnahmen (2/3 Anteil bei der Bewertung) und der Bevölkerungszahl (1/3 Anteil bei der Bewertung) der Bundesländer. Die Quote wird jährlich neu ermittelt. Für Rheinland-Pfalz liegt sie derzeit bei ca. 4,83 Prozent.

verfahren und nur etwa 10 Prozent (6.430 Personen) sind geduldete Ausreisepflichtige. Sie werden aufgrund einer behördlichen Entscheidung geduldet, weil ihre Abschiebung z.B. wegen fehlender Dokumente oder fehlender Rücknahmebereitschaft des Herkunftslandes, wegen medizinischer Abschiebungshindernisse oder aufgrund der Sicherheitslage im Herkunftsland auf - absehbar - längere Zeit nicht möglich ist. Zu dieser Gruppe gehören in Rheinland-Pfalz u.a. etwa 1.000 Afghan/innen, die aufgrund der katastrophalen Situation in ihrem Herkunftsland nicht abgeschoben werden können sowie junge Erwachsene, die sich in der Berufsausbildung befinden und deren Integration und Verbleib ausdrücklich erwünscht ist.

Die 6.430 zum Stichtag 30. Juni 2017 in Rheinland-Pfalz geduldeten Personen machten ca. 4,0 Prozent aller im Bundesgebiet geduldeten Personen (159.678) aus. Ihr Anteil war damit kleiner, als nach dem Königsteiner Schlüssel zu erwarten wäre.

Schutzsuchende, Schutzberechtigte und (geduldete) Ausreisepflichtige in Rheinland-Pfalz zum 30. Juni 2017*

	Asylberechtigte nach 16a GG	Personen, denen die Flüchtlings-eigenschaft zuerkannt wurde	Personen mit subsidiärem Schutz und Personen mit nationalem Abschiebeverbot	Aufenthalt wegen Härtefall (§ 23a AufenthG)	Aufenthalt wegen längerfristiger Unmöglichkeit der Ausreise (§ 25,5 AufenthG)	Aufenthalt wegen dringenden humanitären Gründen oder außergewöhnlicher Härte (§ 25,4 AufenthG)	Aufenthalt wegen Aufnahme über IMK-Beschlüsse (§22 bzw. §23,1/ z AufenthG)	Aufenthalt nach „Bleiberechtsregelungen“ (§ 18a, § 25a, § 25b oder § 104a AufenthG)	Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung oder mit Ankunftsnachweis	Geduldete Personen	Ausreisepflichtige Personen ohne Duldung (inkl. EU-Angehörige und ausgewiesene Personen)**	gesamt
bundesweit	40.537	546.533	206.018 <small>(davon: 54.104 mit nat. Abschiebeverbot)</small>	6.491	50.320	23.809	51.224	8.132	415.571 <small>(davon: 8.092 mit Ankunftsnachweis)</small>	159.678	66.779	1.575.092
davon in RLP	1.069	23.950	13.604 <small>(davon: 3.076 mit nat. Abschiebeverbot)</small>	350	1.822	626	2.200	316	17.639 <small>(davon: 867 mit Ankunftsnachweis)</small>	6.430	k.A.***	68.006

- * Die Zahlen basieren nach Auskunft der Bundesregierung auf dem Ausländerzentralregister (AZR).
- ** Eigene Berechnung auf Grundlage der Angaben der Bundesregierung (Anzahl der Ausreisepflichtigen insgesamt abzüglich der Zahl der geduldeten Personen).
- *** Da die Bundesregierung nur die Zahl der geduldeten Personen, nicht aber die Zahl der insgesamt ausreisepflichtigen Personen auf die Bundeslandebene herabbricht, ist hierzu keine verlässliche Angabe möglich.⁶

Quelle:

- Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 30. Juni 2017. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/13215 vom 8. September 2017).

⁶ Würde man auf die bundesweiten Zahlen den Königsteiner Schlüssel als „Prognoseinstrument“ anlegen, so ergäbe sich für Rheinland-Pfalz eine Zahl von ca. 3.200 ausreisepflichtigen Personen ohne Duldung. Da die behördliche Praxis im Hinblick auf die Duldungsgewährung allerdings von Bundesland zu Bundesland differiert, kann dieser Wert bestenfalls als ein Indiz für den geringen Gesamtanteil ausreisepflichtiger Personen ohne Duldung an der Gesamtzahl von schutzberechtigten, schutzsuchenden und (geduldet) ausreisepflichtigen Personen dienen.

Der Zugang von Asylsuchenden nach Rheinland-Pfalz ist von 2015 (52.846 Personen) auf 2016 (16.094 Personen) auf weniger als ein Drittel zurückgegangen und hat sich von 2016 auf 2017 (Stand Oktober 2017) noch einmal in etwa halbiert. Insgesamt kamen von Januar bis Oktober 2017 lediglich 6.466 Asylsuchende nach Rheinland-Pfalz. Bei gleichbleibenden Zugangszahlen bis Ende Dezember 2017 ist in diesem Jahr eine Gesamtzugangszahl von etwa 8.000 Personen zu erwarten.

Knapp 35.000 der insgesamt etwa 75.500 Schutzsuchenden seit 2015 waren Flüchtlinge aus Syrien. Das entspricht einem Gesamtanteil von über 46 Prozent aller Asylbewerber/innen. In dem seit 2011 andauernden Bürgerkrieg sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen bis zu 500.000 Menschen ums Leben gekommen. Von den etwa 23 Millionen Einwohner/innen zu Beginn des Bürgerkrieges in 2011 befinden sich gegenwärtig 12 Millionen Menschen auf der Flucht (ca. 6,5 Millionen innerhalb Syriens und ca. 5,5 Millionen im Ausland). Für das erste Halbjahr 2017 verzeichnet das „Syrian Network for Human Rights“ insgesamt mindestens 5.381 getötete Zivilist/innen in Syrien.⁷

Weitere etwa 12.500 Personen (entspricht knapp 17 Prozent) suchten seit 2015 in Rheinland-Pfalz Schutz vor der Gewalt in Afghanistan. Die „United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)“ zählt dort im Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2017 insgesamt mindestens 8.019 zivile Opfer (2.640 getötete und 5.379 verletzte Personen) des Terrors. Darunter befanden sich 1.007 Frauen (298 getötete und 709 verletzte Frauen) und 2.480 Kinder (689 getötete und 1.791 verletzte Kinder) Die Zahl der Todesopfer ist damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 2016 um ein weiteres Prozent (bei Kindern um fünf Prozent) angestiegen.⁸ Im Zeitraum von 1. Januar bis 19. November 2017 mussten nach den Erkenntnissen des „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) in Afghanistan“ zudem knapp 350.000 Menschen neu aus ihren Heimatorten fliehen. Die übergroße Mehrheit dieser Menschen lebt nun innerhalb des Landes in der Binnenvertreibung.⁹

Zugang von Asylsuchenden nach Rheinland-Pfalz und Hauptherkunftsländer (Top 5) von 2015 bis 2017 (→ 10/2017)

2015			2016			2017 (→ 10/2017)		
ges. RLP	52.846 Personen		ges. RLP	16.094 Personen		ges. RLP	6.466 Personen	
davon aus			davon aus			davon aus*		
	• Syrien	49 Prozent		• Syrien	43 Prozent		• Syrien	28 Prozent
	• Afghanistan	17 Prozent		• Afghanistan	18 Prozent		• Eritrea	12 Prozent
	• Albanien	9 Prozent		• Iran	7 Prozent		• Somalia	12 Prozent
	• Pakistan	4 Prozent		• Somalia	7 Prozent		• Iran	10 Prozent
	• Iran	3 Prozent		• Eritrea	7 Prozent		• Afghanistan	9 Prozent

⁷ Syrian Network for Human Rights: 5381 Civilians Killed in the First Half of 2017 (http://sn4hr.org/wp-content/pdf/english/5381_civilians_killed_in_the_first_half_of_2017_en.pdf - zuletzt geöffnet am 20. November 2017).

⁸ United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA): Quaterly Report on the Protection of Civilians in Armed Conflict - 1. Januar bis 30. September 2017 (https://unama.unmissions.org/sites/default/files/unama_protection_of_civilians_in_armed_conflict_quarterly_report_1_january_to_30_september_2017_-_english.pdf - zuletzt geöffnet am 20. November 2017).

⁹ United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) in Afghanistan: Afghanistan Weekly Field Report – Week of 12 to 19 November 2017 (https://www.humanitarianresponse.info/system/files/documents/files/20171120_afghanistan_weekly_field_report_12-19_november_2017_en.pdf - zuletzt geöffnet am 21. November 2017).

Quellen:

- Für 2015: Gemeinsam für Chancengleichheit, Weltoffenheit und Akzeptanz – Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz 2017. Herausgegeben vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes RLP. S.15.
- Für die Jahre 2016 und 2017: Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Rheinland-Pfalz (<https://mffjiv.rlp.de/de/themen/integration/humanitaere-zuwanderung-und-fluechtlinge/aktuelles-zahlen-und-fakten/> - zuletzt geöffnet am 20. November 2017).

* Die diesbezüglichen Angaben der ADD decken lediglich den Zeitraum Januar bis Juni 2017 ab. Sie wurden bei der Berechnung der Zahl von Schutzsuchenden nach Herkunftsländern in der vorangestellten Tabellenkommentierung vom Verfasser für den Zeitraum Juli bis Oktober 2017 fortgeschrieben.

Die Zahlen der in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2015 gestellten Asylanträge bilden den Zugang im Rahmen der Fluchtmigration seit 2015 mit erheblicher zeitlicher Verzögerung ab. Der Grund hierfür ist der im Jahr 2015 durch Personalmangel entstandene erhebliche Asylantragstau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Viele der bereits Mitte und Ende 2015 eingereisten Schutzsuchenden warteten zunächst monatelang auf ihre Registrierung und anschließend weitere Monate auf einen Termin für die Stellung des Asylantrages beim BAMF.

Asylanträge in Rheinland-Pfalz 2014 bis 2017 (→ 09/2017)

Jahr	2014	2015	2016	2017 (→ 9/17)	gesamt
Asylanträge	10.360	19.697	38.163	11.404	79.624
• davon Erstanträge	8.716	17.625	36.985	10.525	73.851
• davon Folgeanträge	1.644	2.072	1.178	879	5.773

Quellen:

- Für die Jahre 2015 und 2016 sowie den Zeitraum Januar bis September 2017: Asylgeschäftsstatistiken des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.
- Für das Jahr 2014: Fragen und Antworten zum Thema Flüchtlinge. Herausgegeben vom Integrationsministerium des Landes Rheinland-Pfalz (www.worms.de/de-wAssets/docs/mein_worms/asy/FAQs_Fluechtlinge.pdf - zuletzt geöffnet am 12. Oktober 2017).

Die Zahl der Asylanträge von Angehörigen der besonders verletzlichen und daher schutzwürdigen Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen unterliegt der gleichen zeitlichen Verzögerung wie die Zahl der Asylanträge insgesamt. Zwischen Januar 2015 und Juni 2017 wurden 2.876 der bundesweit insgesamt 60.305 Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger in Rheinland-Pfalz gestellt. Das entspricht einem Anteil von 4,8 Prozent und damit weitestgehend der durch den Königsteiner Schlüssel vorgegebenen Verteilungsquote. Den diesbezüglichen Rückstand aus den Jahren 2014 und 2015 hat Rheinland-Pfalz durch eine „Quotenübererfüllung“ im Jahr 2016 und im 1. Halbjahr 2017 zwischenzeitlich „wettgemacht“.

Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger in Rheinland-Pfalz 2014 bis 2017 (→ 06/2017)

Anträge/Jahr	2014	2015	2016	2017 (bis 6/2017)
bundesweit	4.399	14.439	35.939	5.528
• davon in RLP	145 (= 3,30%)	398 (= 2,76%)	1.921 (= 5,35%)	412 (= 7,45%)

Quellen:

- Für das Jahr 2017 (→ 6/17): Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2017 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/13551 vom 11. September 2017).
- Für das Jahr 2016: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2016 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/11262 vom 21. Februar 2017).
- Für das Jahr 2015: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2015 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/7625 vom 22. Februar 2016).
- Für das Jahr 2014: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2015 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/3850 vom 28. Januar 2015).

Insgesamt 2.773 der bundesweit 56.758 unbegleiteten Minderjährigen und jungen Volljährigen in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit hielten sich zum Stichtag 13. Oktober 2017 in Rheinland-Pfalz auf. Das Land übererfüllte damit seine „Königsteiner Quote“ insgesamt zu 101,1 Prozent. Unter den 2.773 Personen waren 1.619 Minderjährige (von bundesweit 32.669 Personen) und 1.154 junge Volljährige (von bundesweit 24.089 Personen). Das Land erfüllte damit in der Untergruppe der jungen Volljährigen seine Aufnahmequote zu nahezu 100 Prozent und bei Minderjährigen zu über 103 Prozent.

Unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit*

	Stichtag 31. 12. 2016	Quotenerfüllung** am 31. 12. 2016	Stichtag 13. Oktober 2017			Quotenerfüllung** am 13. 10. 2017
				davon: Minderjährige	davon: Junge Volljährige	
bundesweit	64.045	100,0%	56.758	32.669	24.089	100,0%
• davon in RLP	2.915	94,3%	2.773	1.619	1.154	101,1%

* Die Zahlen basieren auf der Bundesliste des Bundesverwaltungsamtes (BVA), deren Genauigkeit ist abhängig von der Meldung der Bundesländer an das BVA. Abweichungen vom tatsächlichen Bestand sind daher nicht auszuschließen.
 ** Die Quote, die Rheinland-Pfalz erfüllen muss, ergibt sich aus dem Königsteiner Schlüssel. Demnach entfällt ein Anteil von ca. 4,8 Prozent aller in Deutschland aufhältigen Schutzsuchenden in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit auf Rheinland-Pfalz. Die „Quotenerfüllung“ gibt an, wieviel von diesem erforderlichen Anteil zu einem Stichtag tatsächlich „erbracht“ wurde.

Quelle:

- Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Zahl der Asylanträge erheblich gesunken. Pressemitteilung vom 25. Oktober 2017 (http://www.b-umf.de/images/2017_10_25_PM_Zahlen.pdf - zuletzt geöffnet am 26. Oktober 2017).

Asylentscheidungen sind Entscheidungen einer Bundesbehörde (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), die auf einer identischen Rechtsgrundlage und nach bundeseinheitlichen internen Vorgaben (Herkunftslanderbeurteilungen und -leitsätze sowie Weisungsvorgaben zur Anwendung des Rechts und zur Einzelfallprüfung usw.) getroffen werden.

Die Analyse herkunftslandbezogener Asylentscheidungen in Rheinland-Pfalz von 2016 bis Juni 2017 und der Vergleich mit den Gesamtentscheidungszahlen im gleichen Zeitraum im Bund macht deshalb wenig überraschend eine weitgehende Parallele in der Entscheidungstendenz deutlich: Trotz gleichbleibend dramatischer Situation vor Ort sind die Gesamtschutzquoten für Schutzsuchende aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Eritrea von 2016 auf 2017 sowohl im Bund als auch in Rheinland-Pfalz zurückgegangen. Zugleich ist die Gesamtschutzquote für Schutzsuchende aus dem Iran im Bund und in Rheinland-Pfalz leicht angestiegen.

Gleichzeitig zeigt sich bei zwei wichtigen Herkunftsländern eine leichte Abweichung der „rheinland-pfälzischen“ Entscheidungspraxis zum „Vorteil“ von Schutzsuchenden. Im Vergleich zum Bund erhielten Schutzsuchende aus Afghanistan und dem Iran im Rheinland-Pfalz häufiger eine behördliche Anerkennung ihrer Schutzberechtigung. Dem steht eine im Bund und in Rheinland-Pfalz weitgehend analoge Entscheidungspraxis im Hinblick auf syrische und eritreische Asylsuchende und eine leichte „Schlechterstellung“ irakischer Asylsuchender gegenüber. Letztere ist angesichts geringer Fallzahlen in Rheinland-Pfalz jedoch kaum aussagekräftig.

Ausschlaggebend für abweichende Gesamtschutzquoten zwischen Rheinland-Pfalz und dem Bund können insbesondere die einzelnen Fallkonstellationen, aber auch das Leitungspersonal der zuständigen BAMF-Außenstelle oder die individuelle Praxis des/der jeweiligen BAMF-Entscheider/in sein. Die rheinland-pfälzische Landesregierung oder andere Landesinstitutionen jedenfalls haben hierauf keinerlei Einfluss.

Herkunftslandbezogene Asylentscheidungen in Rheinland-Pfalz 2016 und 2017 (→ 06/17)

Land/ Entscheidungen	Syrien		Afghanistan		Irak		Iran		Eritrea	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Gesamt	19.679	3.138	4.009	4.480	160	130	887	1.485	1.226	1.222
• davon: (1) Asylberechtigung/ Flüchtlingseigenschaft	9.005 (45,8%)	1.049 (33,5%)	962 (24,0%)	761 (17,0%)	84 (52,5%)	41 (31,5%)	465 (52,4%)	802 (54,0%)	872 (71,1%)	557 (46,6%)
• davon: (2) subsidiärer Schutz	10.327 (52,5%)	1.752 (55,8%)	417 (10,4%)	276 (6,2%)	19 (11,9%)	23 (17,7%)	28 (3,2%)	56 (3,8%)	204 (16,6%)	320 (26,2%)
• davon: (3) Abschiebungsverbot	82 (0,4%)	50 (1,6%)	1.126 (28,1)	1.138 (25,4%)	1 (0,6%)	17 (13,1%)	14 (1,6%)	25 (1,7%)	2 (0,2%)	47 (3,8%)
• davon: (4) Ablehnung	12 (0,1%)	5 (0,2%)	1.346 (33,6%)	2.121 (47,3%)	39 (24,4%)	26 (20,0%)	297 (33,5%)	429 (28,9%)	4 (0,3%)	9 (0,7%)
• davon: (5) sonstige Verfahrenserledigung	253 (1,3%)	282 (9,9%)	158 (3,9%)	184 (4,1%)	17 (10,6%)	23 (17,7%)	83 (9,4%)	173 (11,6%)	144 (11,7%)	289 (23,6%)
Gesamtschutzquote*	19.414 (98,6%)	2.851 (90,9%)	2.505 (62,5%)	2.175 (48,5%)	104 (65,0%)	81 (62,3%)	507 (57,2%)	883 (59,5%)	1.078 (88,0%)	924 (75,6%)
bereinigte Gesamtschutzquote**	99,9%	99,8%	65,0%	50,6%	68,0%	75,5%	63,1%	67,3%	99,6%	99,0%

* Bei der Gesamtschutzquote wird die Zahl der Anerkennungsentscheidungen (Artikel 16a GG, Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, subsidiärer Schutz, nationales Abschiebungsverbot) ins Verhältnis zu allen Asylentscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gesetzt.

** Bei der bereinigten Gesamtschutzquote wird die Zahl der Anerkennungsentscheidungen (Artikel 16a GG, Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, subsidiärer Schutz, nationales Abschiebungsverbot) ins Verhältnis zu allen inhaltlichen Asylentscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gesetzt. Die „sonstigen Verfahrenserledigungen“ (z.B. wegen Nichtweiterbetriebs des Verfahrens durch den/die Asylsuchende/n oder wegen Feststellung der Nichtzuständigkeit der Bundesrepublik für ein Asylgesuch) bleiben hierbei unberücksichtigt.

Quellen:

- Für das Jahr 2017 (→ 6/17): Unterschiede in den Bundesländern in der Asylentscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion *Die Linke* (DS 18/13670 vom 09. Oktober 2017).
- Für das Jahr 2016: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2017 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion *Die Linke* (DS 18/12623 vom 1. Juni 2017).

Zum Vergleich: Herkunftslandbezogene Asylentscheidungen im Bund 2016 und 2017 (→ 06/17) – Gesamtschutzquote und bereinigte Gesamtschutzquote

Land/ Entscheidungen	Syrien		Afghanistan		Irak		Iran		Eritrea	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Gesamtschutzquote	97,9%	93,8%	55,8%	44,1%	70,2%	57,7%	50,8%	52,4%	92,2%	77,3%
bereinigte Gesamtschutzquote	99,9%	99,9%	60,5%	46,7%	77,2%	63,9%	60,6%	59,1%	99,3%	97,5%

Quellen:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Asylgeschäftsstatistik 12/2016.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Asylgeschäftsstatistik 6/2017.

Mit der stark gestiegenen Zahl von Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit 2016 ist auch die Zahl der Klagen gegen ablehnende BAMF-Bescheide stark angestiegen. In Rheinland-Pfalz haben sie sich vom Jahr 2012 (1.225 Klagen) auf das Jahr 2016 (11.267 Klagen) fast verzehnfacht. In einer Pressemitteilung vom 20. Februar 2017 führt das Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz hierzu und zur weiteren Entwicklung aus: „Da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Angaben in seiner Jahresbilanz zufolge trotz eines Abbaus der anhängigen Verfahren Ende Dezember 2016 noch über rund 430.000 Asylanträge nicht entschieden hat und im Jahr 2017 auch prognostisch 250.000 Neuzugänge zu entscheiden sein werden, ist am Verwaltungsgericht Trier (das für Asylklagen in RLP in der Regel zuständig ist; Anm. der Herausgeber) bis auf weiteres mit anhaltend hohen Eingangszahlen im Asylbereich zu rechnen. Am 31. Dezember 2016 waren beim BAMF noch ca. 16.500 Verfahren unerledigt, für die im Falle eines Rechtsmittels das VG Trier zuständig wäre.“¹⁰

Eingangszahlen von Asylklagen in Rheinland-Pfalz 2012 bis 2016

Asyl-Klagen/Jahr	2012	2015	2016
gesamt in RLP	1.225 Klagen	3.289 Klagen	11.267 Klagen
• davon beim OVG RLP	k.A.	172 Klagen	842 Klagen

Quelle:

- Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz: Pressegespräch des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 20. Februar 2017 zum Geschäftsjahr 2016 - hier: Überblick über die Geschäftsentwicklung in der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahr 2016

(<https://ovg.justiz.rlp.de/fileadmin/justiz/Gerichte/Fachgerichte/Verwaltungsgerichte/Oberverwaltungsgericht/Dokumente/5-2017.pdf> - zuletzt geöffnet am 23. Oktober 2017).

¹⁰ Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz: Pressegespräch des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 20. Februar 2017 zum Geschäftsjahr 2016 - hier: Überblick über die Geschäftsentwicklung in der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahr 2016.

Tatsächlich ist die Zahl der in Rheinland-Pfalz anhängigen Klagen gegen Asylentscheidungen im 2. Quartal 2017 auf 15.622 angewachsen. Das entspricht etwa 5,5 Prozent der bundesweit zu diesem Zeitpunkt 283.342 anhängigen Verfahren. Diese Quote liegt knapp oberhalb der „Königsteiner Quote“ von 4,8 Prozent. Sie hat sich diesem „Sollwert“ vom 1. auf das 2. Quartal 2017 allerdings angenähert - im 1. Quartal 2017 entfielen noch 6,7 Prozent aller in Deutschland anhängigen Asylklagen auf Rheinland-Pfalz.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu den Klagegegenständen auf Bundesebene und in den Ländern (inkl. Rheinland-Pfalz)¹¹ wird deutlich, dass überwiegend (a) subsidiär schutzberechtigte syrische Staatsangehörige auf die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft klagen und (b) afghanische Staatsangehörige gegen die Ablehnung ihres Asylantrages.¹² In seiner Pressemitteilung vom 20. Februar 2017 bestätigt das Obergericht (OVG) Rheinland-Pfalz ausdrücklich wenigstens einen der beiden genannten Klageschwerpunkte: „In einer Vielzahl von Fällen klagten (...) subsidiär Schutzberechtigte – insbesondere aus Syrien – auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft und damit auf eine Verbesserung ihres Schutzstatus.“

Anhängige Gerichtsverfahren im Bereich Asyl in Rheinland-Pfalz in 2017 (1. und 2. Quartal)

Gerichtsverfahren/Jahr	1. Quartal 2017*	2. Quartal 2017**
bundesweit	193.341 Verfahren	283.342 Verfahren
• davon in RLP	12.990 Verfahren (= 6,72%)	15.622 Verfahren (= 5,51%)
○ davon beim OVG RLP	814 Verfahren	694 Verfahren

- * In der Antwort der Bundesregierung wird kein konkreter Stichtag benannt, sondern nur von der „aktuellen Zahl anhängiger Verfahren“ gesprochen. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass der Bezugstag nahe zum Ende des 1. Quartals 2017 - 31. März 2017 - liegt, das Gegenstand der Anfrage war.
- ** In der Antwort der Bundesregierung wird kein konkreter Stichtag benannt, sondern nur von der „aktuellen Zahl anhängiger Verfahren“ gesprochen. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass der Bezugstag nahe zum Ende des 2. Quartals 2017 - 30. Juni 2017 - liegt, das Gegenstand der Anfrage war.

Quellen:

- Für das 1. Quartal 2017: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2017 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/12623 vom 1. Juni 2017).
- Für das 2. Quartal 2017: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2017 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/13551 vom 11. September 2017).

Die regierungstragenden Parteien haben sich in ihrem „Koalitionsvertrag Rheinland-Pfalz 2016 bis 2021“ darauf verständigt, der freiwilligen Rückkehr Vorrang gegenüber Abschiebungen einzuräumen. Sie haben zudem darauf hingewiesen, dass dieses Vorrangprinzip der geltenden Rechtslage entspricht und somit rechtstaatlich geboten ist. Zusätzlich betont der Koalitionsvertrag, dass eine freiwillige Ausreise gegenüber der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch eine Abschiebung „humaner, kostengünstiger und effizienter“ ist.

Die Realisierung des Prinzips des Vorrangs der freiwilligen Ausreise vor einer Abschiebung kommt in den Jahren 2015 und 2016 u.a. durch den prozentual geringen Anteil von Abschiebungen aus Rheinland-Pfalz

¹¹ Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2017 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/13551 vom 11. September 2017).

¹² Auf die Aufschlüsselung der einzelnen Klagegegenstände für Rheinland-Pfalz wird an dieser Stelle verzichtet, weil sie aufgrund der Komplexität unverhältnismäßig viel Raum einnehmen und keinen anderen Erkenntnisgewinn liefern würde als die vorangestellte generelle Ausführung zu den Klagegegenständen auf Bundesebene.

an der Gesamtzahl der Abschiebungen aus der Bundesrepublik zum Ausdruck. In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 allerdings stieg der rheinland-pfälzische Anteil an Abschiebungen aus dem Bundesgebiet auf 5,3 Prozent an. Er lag damit erstmals im Betrachtungszeitraum über dem Niveau, das nach dem Königsteiner Schlüssel zu erwarten wäre. Während bundesweit bis September 2017 noch ca. 7.200 Abschiebungen weniger durchgeführt worden waren als im gesamten Jahr 2016, hat Rheinland-Pfalz von Januar bis September 2017 bereits mehr Abschiebungen durchgeführt als im ganzen Jahr 2016.

Abschiebungen aus Rheinland-Pfalz (2015 bis 09/2017)

Abschiebungen/Jahr	2015	2016	2017 (bis 6/2017)	bis 9/2017
bundesweit	20.888 Abschiebungen	25.375 Abschiebungen	12.545 Abschiebungen	18.153 Abschiebungen
• davon aus RLP	577 Abschiebungen* (= 2,76%)	909 Abschiebungen (= 3,58%)	630 Abschiebungen (= 5,02%)	963 Abschiebungen (= 5,30%)

* Alle bundesweiten Zahlen sind den nachfolgend genannten Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Bundestagsfraktion Die Linke entnommen; die Zahlen zu Abschiebungen aus RLP (mit Ausnahme der Zahl „bis 9/2017“) dem Sprechvermerk der zuständigen Landesministerin Anne Spiegel. Die Abschiebezahl „bis 9/2017“ entstammt der nachfolgend genannten Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke. Auch in den Antworten der Bundesregierungen werden regelmäßig Abschiebezahlen für Rheinland-Pfalz genannt, die sich in der Regel mit den Angaben im Sprechvermerk der Ministerin decken. Für das Jahr 2015 allerdings gibt es eine Abweichung: Hier geht die Bundesregierung von „lediglich“ 482 Abschiebungen aus Rheinland-Pfalz aus, während die Ministerin die in die Tabelle eingegangene Zahl von 577 Abschiebungen nennt.

Quellen:

- Abschiebungen und Ausreisen im ersten Halbjahr 2017- Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/13218 vom 1. August 2017).
- Sprechvermerk der rheinland-pfälzischen Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel, zur Sitzung des Landtags-Ausschusses für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 15. August 2017 (<http://www.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/1879-V-17.pdf> - zuletzt geöffnet am 23. Oktober 2017).
- Abschiebungen im Jahr 2016 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/11112 vom 9. Februar 2017).
- Abschiebungen im Jahr 2015 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/7588 vom 18. Februar 2016).
- Antwort der Bundesregierung vom 20. Oktober 2017 auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (Arbeitsnummer 10/71).

Die Zahl der freiwilligen (geförderten) Ausreisen aus Rheinland-Pfalz ist im Jahr 2017 deutlich stärker zurückgegangen als die freiwilligen Ausreisen aus dem gesamten Bundesgebiet. Während bundesweit im Zeitraum Januar bis Juni 2017 die freiwilligen Ausreisezahlen des Vorjahres wenigstens zu mehr als einem Drittel (35,1 Prozent) erreicht waren, kann Rheinland-Pfalz bis Juni 2017 lediglich etwas mehr als ein Fünftel (21,4 Prozent) der freiwilligen Ausreisezahlen des Jahres 2016 vorweisen.

Diese Ungleichheit kommt auch beim Blick auf freiwillige Ausreisen mit Förderung aus Landes- oder aus Bundesmitteln zum Ausdruck. Während die Zahl der GARP/REAG-geförderten¹³ freiwilligen Ausreisen bundesweit schon im Juni 2017 fast den Stand des gesamten Jahr 2016 erreicht hatte, war in Rheinland-

¹³ Das REAG/GARP-Programm unterstützt finanziell und operationell die Rückkehr und Weiterwanderung von Drittstaatsangehörigen. Zu dem berechtigten Personenkreis gehören vor allem Asylbewerber/innen, abgelehnte Asylbewerber/innen, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie andere ausreisepflichtige Ausländer/innen. Das REAG/GARP-Programm durch das Bundesministerium des Inneren und durch die zuständigen Landesministerien finanziert.

Pfalz bei den aus Landes- oder Bundesmitteln geförderten freiwilligen Ausreisen von Januar bis Juni 2017 im Vergleich zum Vorjahr erst ein „Ausreisestand“ von 20,9 Prozent erreicht.

Freiwillige (geförderte) Ausreisen aus Rheinland-Pfalz (→ 06/2017)

Jahr/ Freiwillige Ausreisen	2015	2016	2017 (bis 6/2017)
Freiwillige Ausreisen <i>bundesweit*</i>	k.A.	64.614 Ausreisen	22.658 Ausreisen
• davon: REAG/GARP-geförderte freiwillige Ausreisen <i>bundesweit</i>	37.220 Ausreisen	16.944 Ausreisen	16.645 Ausreisen
Freiwillige Ausreisen aus RLP	5.006 Ausreisen	5.917 Ausreisen	1.270 Ausreisen
• davon: aus Landesmitteln oder Bundesmitteln (REAG/ GARP) gefördert	4.617 Ausreisen	4.654 Ausreisen	972 Ausreisen

* Die Bundesregierung bezieht sich hierbei auf „Angaben der Bundespolizei zu freiwilligen Ausreisen von Personen mit einer Grenzübertritts-Bescheinigung“. Für das Jahr 2015 macht die Bundesregierung keine Angaben. Sie führt vielmehr aus, dass sich „valide Angaben zur Zahl der freiwilligen, nicht durch REAG/GARP geförderten Ausreisen von ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen (...) nicht ermitteln“ lassen.

Quellen:

- Abschiebungen und Ausreisen im ersten Halbjahr 2017- Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/13218 vom 1. August 2017).
- Sprechvermerk der rheinland-pfälzischen Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel, zur Sitzung des Landtags-Ausschusses für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 15. August 2017 (<http://www.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/1879-V-17.pdf> - zuletzt geöffnet am 23. Oktober 2017).
- Abschiebungen im Jahr 2016 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/11112 vom 9. Februar 2017).
- Abschiebungen im Jahr 2015 - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke (DS 18/7588 vom 18. Februar 2016).

Der Blick auf das Verhältnis von Abschiebungen zu freiwilligen (geförderten) Ausreisen aus Rheinland-Pfalz zwischen 2015 und 2017 legt ebenso wie der Relationen-Vergleich zwischen Abschiebungen und REAG/GARP -geförderten Ausreisen im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz bzw. im Bundesgebiet die Vermutung nahe, dass das Prinzip „Freiwillige Rückkehr vor Abschiebung“ in Rheinland-Pfalz derzeit aufgeweicht bzw. nicht mehr konsequent befolgt wird:

Diachron: Kamen im Jahr 2015 noch fast neun freiwillige Ausreisen aus Rheinland-Pfalz auf eine Abschiebung, so beträgt das Verhältnis im laufenden Jahr nur noch zwei freiwillige Ausreisen pro Abschiebung. Der Anteil von Abschiebungen an allen Ausreisen beträgt damit gegenwärtig etwa 33 Prozent. Im Jahr 2016 lag er noch bei ca. 13,6 Prozent und im Jahr 2015 bei lediglich 8,8 Prozent.

Verhältnis von Abschiebungen zu freiwilligen (geförderten) Ausreisen aus Rheinland-Pfalz von 2015 bis 2017 (→ 06/2017)

Jahr	2015	2016	2017
Verhältnis	1 : 8,68	1 : 6,51	1 : 2,02

Quelle:

- Eigene Berechnung nach: Sprechvermerk der rheinland-pfälzischen Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel, zur Sitzung des Landtags-Ausschusses für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 15. August 2017 (<http://www.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/1879-V-17.pdf> - zuletzt geöffnet am 23. Oktober 2017).

Synchron: Während im laufenden Jahr 2017 bundesweit auf eine Abschiebung durchschnittlich immerhin 1,35 über REAG/GARP geförderte Ausreisen entfielen, lag dieser „Faktor“ in Rheinland-Pfalz lediglich bei 1,26 REAG/GARP-Ausreisen pro Abschiebung. Damit wird im bundesweiten Vergleich in Rheinland-Pfalz - mindestens im Hinblick auf das REAG/GARP-Programm - derzeit eher abgeschoben als gefördert.

Verhältnis von Abschiebungen zu REAG/GARP-geförderten Ausreisen im Jahr 2017 (→ 09/2017) in Rheinland-Pfalz und in ganzen Bundesgebiet

	Abschiebungen	REAG/GARP-Ausreisen	Verhältnis
bundesweit	18.153 Abschiebungen	24.569 Ausreisen	1 Abschiebung : 1,35 REAG/GARP-Ausreisen
• davon aus RLP	963 Abschiebungen	1.217 Ausreisen	1 Abschiebung : 1,26 GARP/REAG-Ausreisen

Quellen:

- Antwort der Bundesregierung vom 20. Oktober 2017 auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (Arbeitsnummer 10/71).
- Antwort der Bundesregierung vom 20. Oktober 2017 auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (Arbeitsnummer 10/72).

Die Schutzsuchenden, die seit Mitte 2015 nach Rheinland-Pfalz gekommen sind, sind in ihrer Mehrzahl männlich (63,0 Prozent) und sehr jung. Nur 159 der insgesamt von Januar 2016 bis Juni 2017 nach Rheinland-Pfalz gekommenen Schutzsuchenden war zum Zeitpunkt der Einreise älter als 65 Jahre. Etwa ein Drittel der Schutzsuchenden war minderjährig, fast zwei Drittel waren volljährig und aufgrund ihres Alters (zwischen 18 und 65 Jahren) dem Erwerbspotential zuzurechnen.

Unabhängig von der Frage der beruflichen Qualifizierung und des Bildungsniveaus - Erkenntnisse hierzu basieren wegen fehlender Dokumente in der Regel auf Selbstauskünften der Schutzsuchenden¹⁴ - bleibt aufgrund der Altersstruktur festzuhalten: Das Gros der Schutzsuchenden, die seit 2015 nach Rheinland-Pfalz gekommen sind, ist schulpflichtig, ausbildungsfähig oder grundsätzlich arbeitsmarktfähig. Bei gelingender Integration in die Bildungs- und Ausbildungssysteme bzw. in den Arbeitsmarkt können sie mittel- und langfristig positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Abfederung der Probleme beitragen, denen Rheinland-Pfalz und die Bundesrepublik sich aufgrund der demografischen Entwicklung aktuell und perspektivisch gegenübersehen. Hierzu sind jedoch erhebliche Investitionen sowie die Entwicklung von Förderinstrumenten und der Zugang zu Fördermaßnahmen unabhängig von der sogenannten „Bleibeperspektive“ erforderlich.¹⁵

¹⁴ Gegenwärtig am aussagekräftigsten ist hierzu wohl die repräsentative Befragung von mehr als 4.800 erwachsenen Asylsuchenden im Rahmen einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die im September 2017 veröffentlicht wurde (<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2017/fb1317.pdf> - zuletzt geöffnet am 21. November 2017). Demnach haben 40 Prozent der Geflüchteten im Herkunftsland eine weiterführende Schule besucht und 35 Prozent dort einen Abschluss erworben. Andererseits haben rund 11 Prozent der Geflüchteten im Herkunftsland lediglich eine Grundschule und weitere 11 Prozent keine Schule besucht. Am anderen Ende des Bildungsspektrums verfügen 12 Prozent der Geflüchteten über einen (Fach-)Hochschulabschluss oder eine Promotion. 73 Prozent der Geflüchteten waren vor dem Zuzug nach Deutschland erwerbstätig, im Durchschnitt für 6,4 Jahre.

¹⁵ Siehe hierzu u.a.: AK Asyl Rheinland-Pfalz und Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz: Positionspapier „Integration von Flüchtlingen – Handlungsfelder und Bedarfe“. Mainz/Bad Kreuznach. Oktober 2016

Alters- und Geschlechtsstruktur von Schutzsuchenden* in Rheinland-Pfalz 2016 und 2017 (→ 6/17)

Jahr	2016			2017			2016 bis 2017 (→ 6/17)		
	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt
	11.136 (63,0%)	6.546 (37,0%)	17.682 (100,0%)	2.646 (63,1%)	1.546 (36,9%)	4.192 (100,0%)	13.782 (63,0%)	8.092 (37,0%)	21.874 (100,0%)
davon:									
• 0 bis unter 3 Jahre	770	683	1.453	330	239	569	1.100	922	2.022
• 3 bis unter 6 Jahre	788	700	1.488	105	106	211	893	806	1.699
• 6 bis unter 14 Jahre	1.139	912	2.051	217	172	389	1.356	1.084	2.440
• 14 bis unter 18 Jahre	709	331	1.040	104	57	161	813	388	1.201
• 18 bis unter 21 Jahre	1.586	548	2.134	305	103	408	1.891	651	2.542
• 21 bis unter 25 Jahre	1.516	696	2.212	352	160	512	1.868	856	2.724
• 25 bis unter 35 Jahre	2.935	1.486	4.421	740	363	1.103	3.675	1.849	5.524
• 35 bis unter 50 Jahre	1.271	810	2.081	365	246	611	1.636	1.056	2.692
• 50 bis unter 65 Jahre	367	312	679	110	82	192	477	394	871
• 65 Jahre und älter	55	68	123	18	18	36	73	86	159
Minderjährige** absolut/ in Prozent von Gesamt			6.032 (34,1%)			1.330 (31,7%)			7.362 (33,7%)
Erwerbspersonenpotential*** absolut/ in Prozent von Gesamt			11.527 (65,2%)			2.826 (67,4%)			14.353 (65,6%)

* In der Statistik enthalten sind Asylersuchende/innen, Asylfolgeantragsteller/innen und unerlaubt eingereiste Personen, die im jeweiligen Berichtszeitraum in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz als Bewohner/innen registriert waren.

** Unter „Minderjährigen“ werden die von der ADD einzeln ausgewiesenen Altersgruppen 0 bis 3 Jahre, 3 bis 6 Jahre, 6 bis 14 Jahre und 14 bis unter 18 Jahre zusammengefasst.

*** Abweichend von der herkömmlichen Definition, nach der alle Personen zwischen 15 und 65 Jahren zum Erwerbspersonenpotential zählen, werden hier nur Personen zwischen 18 und 65 Jahren dem Erwerbspersonenpotential zugerechnet. Der Grund hierfür ist die von der ADD vorgegebene Alterskategorisierung in der Erfassung der Alters- und Geschlechtsstruktur.

Quelle:

- Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Rheinland-Pfalz (<https://mffjiv.rlp.de/de/themen/integration/humanitaere-zuwanderung-und-fluechtlinge/aktuelles-zahlen-und-fakten/> - zuletzt geöffnet am 27. Oktober 2017).

In Rheinland-Pfalz haben im Jahr 2016 insgesamt 15.977 berechnete Personen neu an einem Sprach- und Orientierungskurs des Bundes (im Folgenden: Integrationskurs) teilgenommen. Das waren 4,7 Prozent aller Neuanfänger/innen im Jahr 2016 und damit fast genau der Anteil, der nach dem Königsteiner Schlüssel zu erwarten war. Damit wurden die im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlichen Neuanfänger/innen-Quoten der Jahre 2013 bis 2015 korrigiert.

Einen besonderen Schwerpunkt legt Rheinland-Pfalz fast schon traditionell auf Jugendintegrationskurse. 12,1 Prozent aller Berechneten, die im Jahr 2016 einen solchen Kurs begannen, taten das in Rheinland-Pfalz.

Neue Teilnehmer/innen an einem Sprach- und Orientierungskurs des Bundes in Rheinland-Pfalz und bundesweit (2013 bis 2016)

Integrationskursart	2013		2014		2015		2016	
	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP
alle	117.354 (= 100,0%)	4.720 (= 4,0%)	142.439 (= 100,0%)	3.816 (= 2,7%)	179.398 (= 100,0%)	7.295 (= 4,1%)	339.578 (= 100,0%)	15.977 (= 4,7%)
davon:								
• Allgemeiner Integrationskurs	91.771 (= 100,0%)	3.797 (= 4,1%)	113.879 (= 100,0%)	3.195 (= 2,8%)	139.729 (= 100,0%)	5.711 (= 4,1%)	249.667 (= 100,0%)	10.678 (= 4,3%)
• Alphabetisierungskurs/Integrationskurs mit Alphabetisierung	10.928 (= 100,00%)	421 (= 3,9%)	13.154 (= 100,00%)	264 (= 2,0%)	22.089 (= 100,0%)	831 (= 3,8%)	62.688 (= 100,0%)	3.216 (= 5,1%)
• Eltern- bzw. Frauenintegrationskurs	7.681 (= 100,0%)	246 (= 3,2%)	8.561 (= 100,0%)	104 (= 1,2%)	8.422 (= 100,0%)	83 (= 1,0%)	8.643 (= 100,0%)	95 (= 1,1%)
• Förderkurs	306 (= 100,0%)	18 (= 5,9%)	199 (= 100,0%)	0	199 (= 100,0%)	1 (= 0,5%)	143 (= 100,0%)	0
• Intensivkurs	604 (= 100,00%)	0	728 (= 100,00%)	0	1.000 (= 100,0%)	17 (= 1,7%)	1.283 (= 100,0%)	48 (= 3,7%)
• Jugendintegrationskurs	3.506 (= 100,0%)	234 (= 6,7%)	5.292 (= 100,0%)	236 (= 4,5%)	7.470 (= 100,0%)	631 (= 8,4%)	15.477 (= 100,0%)	1.870 (= 12,1%)
• sonstiger (spezieller) Integrationskurs	558 (= 100,0%)	4 (= 0,7%)	626 (= 100,0%)	17 (= 2,7%)	489 (= 100,0%)	21 (= 4,3%)	1.677 (= 100,0%)	70 (= 4,2%)
Zuzüglich Kurswiederholer/innen	18.500 (= 100,0%)	658 (= 3,6%)	18.560 (= 100,0%)	596 (= 3,2%)	21.197 (= 100,0%)	910 (= 4,3%)	25.418 (= 100,0%)	1.061 (= 4,2%)

Quellen:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskursgeschäftsstatistik Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) für das Jahr 2013.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskursgeschäftsstatistik Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) für das Jahr 2014.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskursgeschäftsstatistik Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) für das Jahr 2015.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskursgeschäftsstatistik Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) für das Jahr 2016.

Der deutliche „Männerüberhang“ bei den Schutzsuchenden, die seit 2015 nach Deutschland und auch nach Rheinland-Pfalz gekommen sind (siehe hierzu u.a. die Tabelle „Alters- und Geschlechtsstruktur von Schutzsuchenden* in Rheinland-Pfalz 2016 und 2017“) kommt bei den Integrationskurs-Teilnehmer/innen der Jahre 2013 bis 2016 bundesweit und in Rheinland-Pfalz kaum zum Tragen. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen ist nahezu ausgeglichen. Offensichtlich gelingt es dem Trägerorganisationen erfolgreich, Frauen zur Teilnahme am Kursangebot zu motivieren.

Neue Teilnehmer/innen an Sprach- und Orientierungskursen des Bundes in Rheinland-Pfalz und bundesweit (2013 bis 2016) nach Geschlecht

Gesamt 2013-16 (bundesweit)	davon: männlich	davon: weiblich	Gesamt 2013-16 (RLP)	davon: männlich	davon: weiblich
778.769 Personen (= 100,00%)	421.738 Personen (= 54,15%)	357.031 Personen (= 45,85%)	31.808 Personen (= 100,00%)	17.427 Personen (= 54,79%)	14.381 Personen (= 45,21%)

Quellen:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskursgeschäftsstatistik Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) für die Jahre 2013, 2014, 2015 und 2016.

Mit einem Anteil von 4,6 Prozent an allen Absolvent/innen eines Integrationskurses erfüllt Rheinland-Pfalz seine „Königsteiner Quote“ (ca. 4,8 Prozent) fast vollständig. Seit 2013 ist in dieser Hinsicht ein Aufholprozess zu konstatieren und zugleich festzuhalten, dass ein besonderer Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz auf Kursangeboten für junge Flüchtlinge und Migranten gelegt wird. Insgesamt 9,1 Prozent aller Heranwachsenden, die einen solchen Kurs in 2016 absolviert haben, taten dies in Rheinland-Pfalz.

Absolvent/innen eines Sprach- und Orientierungskurses des Bundes in Rheinland-Pfalz und bundesweit (2013 bis 2016)

Integrationskursart	2013		2014		2015		2016	
	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP
alle	72.062 (= 100,0%)	2.794 (= 3,9%)	84.539 (= 100,0%)	3.169 (= 3,7%)	98.582 (= 100,0%)	4.049 (= 4,1%)	133.050 (= 100,0%)	6.075 (= 4,6%)
• Allgemeiner Integrationskurs	56.183 (= 100,0%)	2.310 (= 4,1%)	68.156 (= 100,0%)	2.591 (= 3,8%)	81.760 (= 100,0%)	3.275 (= 4,0%)	112.057 (= 100,0%)	5.097 (= 4,5%)
• Alphabetisierungskurs/Integrationskurs mit Alphabetisierung	5.554 (= 100,0%)	165 (= 3,0%)	5.516 (= 100,0%)	154 (= 2,8%)	5.875 (= 100,0%)	247 (= 4,2%)	8.244 (= 100,0%)	350 (= 4,2%)
• Eltern- bzw. Frauenintegrationskurs	7.492 (= 100,0%)	134 (= 1,8%)	7.270 (= 100,0%)	210 (= 2,9%)	6.168 (= 100,0%)	149 (= 2,4%)	5.649 (= 100,0%)	67 (= 1,2)
• Förderkurs	341 (= 100,0%)	9 (= 2,6%)	228 (= 100,0%)	40 (= 17,5%)	102 (= 100,0%)	2 (= 2,0%)	112 (= 100,0%)	1 (= 0,9%)
• Intensivkurs	359 (= 100,0%)	0	447 (= 100,0%)	0	707 (= 100,0%)	17 (= 2,4%)	913 (= 100,0%)	24 (= 2,6%)
• Jugendintegrationskurs	1.802 (= 100,0%)	173 (= 9,6%)	2.617 (= 100,0%)	173 (= 6,6%)	3.724 (= 100,0%)	354 (= 9,5%)	5.813 (= 100,0%)	530 (= 9,1%)
• sonstiger (spezieller) Integrationskurs	331 (= 100,0%)	3 (= 0,9%)	305 (= 100,0%)	1 (= 0,3%)	246 (= 100,0%)	5 (= 2,0%)	262 (= 100,0%)	6 (= 2,3%)

Quellen:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskursgeschäftsstatistik Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) für die Jahre 2013, 2014, 2015 und 2016.

Seit 2013 bis 2016 liegt der rheinland-pfälzische Anteil an allen im Bundesgebiet begonnenen Sprach- und Orientierungskuren knapp unterhalb der „Königsteiner Quote“. Im Jahr 2016 betrug er 4,5 Prozent. Traditionell übersteigt der rheinland-pfälzische Anteil an allen im Bundesgebiet begonnenen Jugendintegrationskursen seit 2013 regelmäßig den Bundesdurchschnitt. Insgesamt 11,5 Prozent aller Jugendintegrationskurse im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz aufgesetzt.

Anzahl der begonnenen Sprach- und Orientierungskuren des Bundes in Rheinland-Pfalz und bundesweit (2013 bis 2016)

Integrationskursart	2013		2014		2015		2016	
	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP	bundesweit	RLP
alle	8.851 (= 100,0%)	391 (= 4,4%)	9.925 (= 100,0%)	428 (= 4,3%)	11.739 (= 100,0%)	518 (= 4,4%)	20.047 (= 100,0%)	912 (= 4,5%)
• Allgemeiner Integrationskurs	6.337 (= 100,0%)	291 (= 4,6%)	7.337 (= 100,0%)	319 (= 4,3%)	8.471 (= 100,0%)	377 (= 4,5%)	13.646 (= 100,0%)	553 (= 4,1%)
• Alphabetisierungskurs/Integrationskurs mit Alphabetisierung	1.430 (= 100,0%)	59 (= 4,1%)	1.520 (= 100,0%)	70 (= 4,6%)	2.109 (= 100,0%)	89 (= 4,2%)	5.041 (= 100,0%)	248 (= 4,9%)
• Eltern- bzw. Frauenintegrationskurs	704 (= 100,0%)	19 (= 2,7%)	592 (= 100,0%)	12 (= 2,0%)	540 (= 100,0%)	7 (= 1,3%)	508 (= 100,0%)	4 (= 0,8%)
• Förderkurs	25 (= 100,0%)	1 (= 4,0%)	12 (= 100,0%)	0	11 (= 100,0%)	0	10 (= 100,0%)	0
• Intensivkurs	59 (= 100,0%)	0	69 (= 100,0%)	0	85 (= 100,0%)	2 (= 2,4%)	91 (= 100,0%)	3 (= 3,3%)
• Jugendintegrationskurs	277 (= 100,0%)	21 (= 7,6%)	382 (= 100,0%)	27 (= 7,1%)	505 (= 100,0%)	43 (= 8,5%)	908 (= 100,0%)	104 (= 11,5%)
• sonstiger (spezieller) Integrationskurs	19 (= 100,0%)	0	13 (= 100,0%)	0	18 (= 100,0%)	0	25 (= 100,0%)	0

Quellen:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskursgeschäftsstatistik Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) für die Jahre 2013, 2014, 2015 und 2016.